

islaMedia

Newsletter zur Medienberichterstattung in türkischen Zeitungen

Hürriyet

- Sonntag, 06.01.08 – Türkei: Eine Entschuldigung ist notwendig

Die Fortsetzung der Protestbekundungen wegen der „beleidigenden“ Tatort-Folge "Wem Ehre gebührt" hat mittlerweile auch die politische Ebene in der Türkei erreicht. Der türkische Außenminister Ali Babacan hat in einer schriftlichen Erklärung gefordert, dass sich die ARD, unter deren Verantwortung die Produktion der Kriminalserie stand, bei der alevitischen Bevölkerung entschuldigen müsse. Denn der Islam und die Türken seien durch die Ausstrahlung der Episode in ein schlechtes Licht gerückt worden.

- Montag, 07.01.08 – Erstes Sammellager in Nordrhein-Westfalen

Das Topthema dieser Tage in der türkischen Presse ist die gegenwärtige Debatte um den Umgang mit straffällig gewordenen Migranten in Deutschland. Hürriyet titelt am Sonntag bereits mit dem Schlagwort „Sammellager“ zu den Vorschlägen von Unionspolitikern zur Einführung von Erziehungscamps. Wörtlich steht bei der Abbildung von Angela Merkel und Roland Koch, die ihre Arme im vermeintlichen Gruße ausgestreckt halten: „Deutschland will für straffällig gewordene junge Migranten die Tore von Lagern öffnen, die den als Schandflecken in die deutsche Geschichte eingegangenen Konzentrationslagern ähneln.“

Sabah

- Sonntag, 06.01.08 – Rassistische Parteien stürzen sich auf Türken

Sabah schreibt, dass die rechtsextreme Partei der Republikaner mehrere Wahlplakate mit ausländerfeindlichen Motiven angefertigt habe. Die Zeitungen zeigten ihre Empörung über das Plakat „Mach mich nicht an, Ali!“ mit der Abbildung einer blonden Deutschen. Dieses Mal werden die Plakate „Freiheit für den Kopf! Recht statt Scharia!“ und „Wir lassen die Kirche im Dorf... und die Moschee in Istanbul“ vorgestellt, da sie speziell auch für die Wahl in Hessen zum Einsatz kommen sollen. Besorgt stellt Sabah fest, dass nicht nur die rechtsextremen Parteien Migranten zum Wahlkampfthema machen, sondern auch die Christlich-Demokratische Union Deutschlands (CDU).

Milliyet

- Sonntag, 06.01.08 – Kein Durchkommen für Zwangsverheiratung

Im Europateil gibt Milliyet die Nachricht heraus, dass Dänemark die Maßnahmen gegen Zwangsverheiratung ein weiteres Mal verschärft habe. Eltern, die ihre Kinder gegen ihren Willen verheiraten, haben nun mit vier Jahren (vorher zwei) Gefängnisstrafe zu rechnen. Justizministerin Lene Espersen wollte mit dem neuen Gesetz ein Zeichen setzen, dass Zwangsverheiratung keinen Platz in demokratischen Gesellschaften habe. Milliyet bringt am Ende des Artikels auch Kritik an der dänischen Regierung an, indem sie konstatiert, dass das Land das strengste Zuwanderungsgesetz in Europa habe und eine Familienzusammenführung erst mit 24 Jahren der Ehepartner möglich sei.

- Donnerstag, 10.01.08 – Schutzmaßnahmen nach dem Tod?

Auf der Titelseite thematisiert Milliyet die immer wieder kehrenden Gewaltdelikte gegenüber Christen in der Türkei und die Tatenlosigkeit zuständiger Behörden. Das jüngste Beispiel sei Orhan Picaklar, Pastor der protestantischen Gemeinde in der Stadt Samsun, der seine Erlebnisse seit dem Jahre 2003 der Zeitung gegenüber schilderte. Von Verwüstung der Gebetsstätte bis zu Entführungsversuchen seines 9-jährigen Sohnes und zahlreichen Morddrohungen reichten die Attacken auf Picaklar. Auch die christliche Vereinsmitglieder seien in einer bedrohlichen Situation, da kaum eine Woche nach der Gründung bereits die Namen der Mitglieder bei einer Pressekonferenz verlesen wurden.

Zaman

- Montag, 07.01.08 – „Kochs Äußerungen vergrößern Islamophobie“

Zur hitzigen Diskussion über schärfere Jugendgesetze ist in der Zaman zu lesen, dass Ayyub Axel Köhler, Vorsitzender des Zentralrats der Muslime in Deutschland, die jüngsten Äußerungen von Hessens Ministerpräsident Roland Koch zur Ausländerintegration heftig kritisiert habe. Koch führe einen populistischen Wahlkampf und vergrößere dadurch auch die Islamophobie und verstärke den Rechtsradikalismus. „Den Radikalen bleibt ja nichts anderes übrig, als weiter aufzusatteln, damit sie neben solchen Politikern überhaupt noch erkennbar sind“, so Köhler.

- Donnerstag, 10.01.08 – „Keine Alternative zum Dialog“

In der heutigen Zaman-Ausgabe heißt es, dass Nikolaus Schneider, Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland, auf der Landessynode in Bad Neuenahr zum Dialog mit dem Islam aufgerufen habe. Eine christlich-muslimische Ebenbürtigkeit sei angestrebt. Außerdem habe Schneider die Tonart der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) in der Auseinandersetzung bemängelt. Die türkische Tageszeitung hebt besonders hervor, dass er den Moscheebau der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion (DITIB) in Köln begrüße. Er habe seine „komplette Unterstützung“ für das Vorhaben ausgesprochen.

Den wöchentlich erscheinenden **Newsletter zur Medienberichterstattung in türkischen Zeitungen** finden Sie auch in unserem Archiv auf www.islamedia.de unter der Rubrik Newsletter.

Impressum:

Friedrich-Alexander Universität Erlangen-Nürnberg

Lehrstuhl für Bürgerliches Recht - Prof. Dr. Rohe

www.islaMedia.de

- Der Newsletter erscheint in unregelmäßigen Abständen und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit
- Angeführte Links bzw. Artikel geben nicht die Meinung der Herausgeber wieder, sondern versuchen die aktuelle Diskussion um den Islam und die Muslime in Europa in den Medien wiederzuspiegeln
- Um den Newsletter zu bestellen bzw. abzubestellen bitte um Antwort mit "Bestellen" bzw. "Abbestellen" im Betreff